

Bechtoldt, Heinrich

Article — Digitized Version

Der Konflikt von Laos: Um die Eingangspforte zu Hinterindien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bechtoldt, Heinrich (1961) : Der Konflikt von Laos: Um die Eingangspforte zu Hinterindien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 2, pp. 89-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133086>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die zweite Lösung bestünde in einem von Frankreich völlig losgelösten unabhängigen Algerien, das seinen eigenen politischen und wirtschaftlichen Weg suchen muß, ohne sich um Frankreich in irgendeiner Form zu kümmern, d. h. ohne auf Bindungen Wert zu legen, die über das normale diplomatische Verhältnis hinausgingen. Vielleicht bliebe dieses unabhängige Algerien am Anfang Mitglied der Frankenzonen bei gegenseitig beschränkter Haftung, so wie augenblicklich Marokko, vielleicht unter Verzicht auf eine zu deutliche Oppositionsstellung zum ehemaligen Mutterland, um unnötige Schwierigkeiten in der Übergangsperiode zu vermeiden. Diese Art der Unabhängigkeit müßte jedoch schnell zu einer ziemlich vollständigen gegenseitigen Entfremdung führen ebenso wie zum mehr oder weniger schnellen Abzug der Europäer. Ein von Frankreich losgelöstes, unabhängiges Algerien hat mit einer schnellen und ziemlich brutalen Verarmung zu rechnen. Abgeschwächt würde diese Bedrohung nur durch den verständlichen Wunsch der französischen und internationalen Wirtschaftsinteressen, aus dem Zusammenbruch einer langjährigen Politik noch etwas zu retten und trotz allem zu einer Zusammenarbeit mit den neuen Herren zu gelangen.

Die dritte Möglichkeit liegt in der Teilung des Landes, in der Schaffung eines europäischen Küstenstaates, der seine Grenzen allen Frankreich freundlichen Arabern öffnete und den Rest der algerischen Bevölkerung seinem Schicksal überließe. Diese Teilung wird für den Fall des Fehlschlags der jetzigen Friedensbemühungen ernstlich in Aussicht genommen. Dann stellt Paris offiziell die Feindseligkeiten ein und verkündet seinen Beschluß, einen Teil Algeriens endgültig als Bestandteil Frankreichs zu betrachten, entsprechend zu organisieren und an seinen Grenzen gegen alle Angriffe zu verteidigen. Theoretisch liegt eine derartige Lösung durchaus im Bereich des Möglichen, selbst wenn sie für alle Beteiligten mit peinlichen Verlusten verbunden sein dürfte. Daß Algerien dann natürlich ein ständiger Unruheherd bliebe, darüber sind sich alle im klaren.

Die Extremisten beider Lager, die radikalen Elemente des arabischen Nationalismus zusammen mit den rein negativ eingestellten Kommunisten auf der einen Seite, die französischen Ultras, die unerbittlichen Verteidiger des französischen Algeriens auf der anderen Seite, wünschen natürlich eine extreme Lösung, d. h. völlige Unabhängigkeit oder in Ermangelung der Integration, die selbst inzwischen für die französischen Nationalisten zur Illusion wurde, die radikale Teilung. Man darf annehmen, daß das Gewicht dieser Extremisten bei den Algerienfranzosen größer ist als bei den Arabern. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Algerienfranzosen im Mutterland kaum noch eine erwähnenswerte Rückendeckung besitzen.

Sicherlich wünscht die Masse des arabischen Volkes eine mit der Unabhängigkeit verbundene Assoziation, die ihr für die Zukunft wenigstens die Wahrung des jetzt gegebenen bescheidenen Lebensstandards verspricht und sie vor einer Elendskatastrophe bewahrt. Auch das Kongochaos schwebt vielen Arabern, bis in die Reihen der Exilregierung, als Warnung vor Augen. Gelingt es in den kommenden Wochen allen Verantwortlichen, über den Schatten ihres Prestiges, ihrer Leidenschaften und ihrer nationalistischen Illusionen zu springen, dann dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach, zumindest als Start für das neue Algerien, die Assoziation mit Frankreich durchsetzen.

Eine derartige Lösung stieße kaum auf staatsrechtliche Schwierigkeiten. Die algerische Autodetermination widerspricht nicht der französischen Verfassung, wobei auch die juristische Elastizität aller Verfassungen in Rechnung zu stellen ist. Niemand kann juristisch ferner die Algerier daran hindern, sich für die Unabhängigkeit auszusprechen. Ein schwieriger Fall wäre lediglich die Teilung, die in Afrika und auch in den Vereinten Nationen heftige Wogen auslösen müßte und Frankreich wohl oder übel eine internationale Kraftprobe aufzwänge. Ziel der offiziellen französischen Algerienpolitik muß es aber bis auf weiteres bleiben, sowohl die Teilung wie die vollständige Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern.

Der Konflikt von Laos: Um die Eingangspforte zu Hinterindien

Dr. Heinrich Bechtoldt, Stuttgart

Der Bürgerkrieg in Laos ist ein Vorgang von internationaler Bedeutung, weil dieses kleine Königreich die politische Drehscheibe Hinterindiens darstellt: Nachbar zu den beiden kommunistischen Staaten China und Nordvietnam, Nachbar zu den beiden neutralistischen Staaten Burma und Kambodscha und Nachbar zu den beiden antikommunistischen Staaten Thailand und Südvietnam. Die Genfer Asien-Konferenz vom Sommer 1954 hatte am Ende des Indochinakrieges, der sich bis auf die Nordprovinzen von Laos ausgedehnt hatte, für dieses Land in letzter Minute einen Balancestatus festgelegt. Die Regierungen soll-

ten eine Politik der Neutralität betreiben, nur Frankreich sollte Ausbildungs- und Waffenhilfe für die Armee geben, die kommunistische Mannschaft sollte sich in den Nordprovinzen sammeln und später in die königliche Armee eingegliedert werden. Es gab also nicht zwei Regierungen, es gab infolgedessen auch kein Wiedervereinigungsproblem wie etwa in Korea oder Vietnam. Die Dinge schienen sich einzupendeln, obwohl der Südostasienpakt (SEATO) auch Laos in sein Schutzgebiet einbezog und die französischen Berater und die französische Hilfe nach und nach durch amerikanischen Beistand ersetzt wurden.

Das Ende des Neutralismus

Im Jahre 1957 hatte der damalige Ministerpräsident Souvanna Phouma sogar mit den Kommunisten ein Abkommen ausgehandelt, das die beiden Nordprovinzen wieder unter die Zentralregierung stellte. Bedingung war nur, daß jene kommunistischen Verbände wirklich in die Königliche Armee eingefügt würden und daß der Halbbruder des Ministerpräsidenten, Souphanou Vong, auch der Rote Prinz genannt, in die Regierung aufgenommen werden sollte. Souphanou Vong kam tatsächlich in das Kabinett Souvanna Phouma. Aber das dauerte nicht lange. Hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten betrieb der Generalstabschef, General Phoumi Nosavan, die Zersplitterung der restlichen Kontingente der Kommunisten. Der Rote Prinz war eines Nachts aus Vientiane verschwunden und tauchte bald in Hanoi, der Hauptstadt des kommunistischen Nordvietnam, wieder auf. Hanoi und Peking hielten das Gleichgewicht in Laos schon für gestört, wenn der Kommunismus in den Nordprovinzen Sam Neua und Phom Saly nur etwas an Boden verlöre. Denn nur im Besitz dieser Einfallspforte ist jene Plaine des Jarres zugänglich, über die seit ewigen Zeiten überall in Hinterindien interveniert werden kann. Aus dem gleichen Grund hatten die Kommunisten im Indochina-Krieg in der Schlacht von Dien Bien Phu, das unmittelbar jenseits der vietnamesischen Grenze dieser beiden Provinzen liegt, die Entscheidung gesucht.

In dem blutigen Fallschirmjägerhauptmann Kong Le, der sowohl ein Neffe jenes Generals Phoumi Nosavan als auch ein Vetter des Kommunistenführers Sithone Kimmadam ist, gewann der Norden schließlich einen Draufgänger, der mit patriotischen, also nicht gleich mit kommunistischen Parolen am 9. August in Vientiane putschte und die Nachfolger des neutralitätsfreudigen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma vertrieb. Kong Le holte Souvanna Phouma an die Macht zurück. Aber als dieser eine Koalitionsregierung bilden wollte, lehnte Kong Le die Einbeziehung des Generals Phoumi Nosavan ab. Phoumi Nosavan etablierte im Süden des Landes, direkt an den Ufern des Mekong, ein antikommunistisches Revolutionskomitee und hoffte auf Hilfe von der anderen Seite des Mekong, aus Thailand, wo sein Onkel, Marschall Sarit Thanarat, Ministerpräsident und wahrlich ein starker Mann ist. Kong Le hatte ursprünglich nur sein Fallschirmjägerbataillon und sonst keine Machtbasis. Aber unter seinem Druck mußte sich Souvanna Phouma auf Kontakte mit den Kommunisten, mit der sogenannten Neo-Lao-Haksat-Partei, einlassen und schließlich erneut mit seinem Halbbruder Souphanou Vong zusammenkommen. Der Ministerpräsident und der Rote Prinz unterschrieben am 20. November 1960 eine Vereinbarung, mit der die Zentralregierung, die doch neutral oder neutralistisch sein wollte, praktisch die Kapitulation vollzog. Laos sollte nicht mehr nur von den Amerikanern Hilfe annehmen, sondern auch von der Sowjetunion, China und Nordvietnam, das heißt diese um Hilfe bitten und diplomatische Beziehungen aufnehmen oder Delegationen entsenden.

Innerhalb weniger Tage war in Vientiane eine russische Botschaft etabliert. Offiziell wurden aber keine Missionen mit Peking und Hanoi ausgetauscht. Es war nicht zu verkennen, daß sich Moskau die ausschließliche Führung der östlichen Laos-Politik vorbehalten hatte. Über eine direkte Luftbrücke, also ohne Zwischenschaltung Chinas, setzte auch gleich die sowjetische „Hilfe“ in Gestalt von Waffen- und Munitionslieferungen ein.

Das Problem: Wer darf helfen?

Die Fragestellung, wer dem Königreich Laos Hilfe geben „durfte“ und wen das Königreich Laos um Hilfe bitten „durfte“, ist das einzige ökonomische Problem in der ganzen Angelegenheit, aber das ist eben auch nur ein politisches, weil ja für keine der Großmächte die wirtschaftliche, sondern nur die militärische Seite im Vordergrund stand und steht. Souvanna Phouma machte Anfang Dezember vorigen Jahres noch einmal den Versuch, den Hauptmann Kong Le loszuwerden, indem er ihn auf eine militärische Expedition schickte. Aber als Kong Le das Spiel durchschaute, kehrte er schleunigst nach Vientiane zurück. Jetzt blieb dem Ministerpräsidenten Souvanna Phouma, der den Kontakt mit dem Westen nie verlieren, also eine echte Neutralitätspolitik betreiben wollte, nur noch die Flucht. Souvanna Phouma entzog sich am 9. Dezember 1960 der kommunistischen Umklammerung und flog nach Kambodscha. Inzwischen hatte General Phoumi Nosavan an den Ufern des Mekong festen Stand und setzte bald zum Angriff auf die Hauptstadt Vientiane an. Vientiane wurde am 15. Dezember 1960 eingenommen. Phoumi Nosavan setzte den Prinzen Boun Oum als Regierungschef ein. Und als der König aus Luang Prabang herangeholt werden konnte und in Vientiane genügend Parlamentsabgeordnete versammelt waren, erhielt die Regierung Boun Oum den Segen der Legalität. Das hinderte den Norden nicht daran, weiterhin von der Königlichen Regierung Souvanna Phouma zu sprechen, die Truppen des Hauptmanns Kong Le als die Königliche Armee zu bezeichnen, bald aber auch die Pathet-Lao-Kampfeinheiten, also die kommunistischen Verbände, immer mehr in den Vordergrund zu rücken. Es ist niemals genau geklärt worden, ob außer der sowjetischen Waffenhilfe über die Luftbrücke auch nordvietnamesische Soldaten in geschlossenen Formationen über die Grenze gekommen sind und in die Kämpfe eingegriffen haben. Die sowjetische Waffenhilfe ermöglichte es jedenfalls dem Hauptmann Kong Le und den Pathet-Lao-Truppen, in die Plaine des Jarres vorzustößen und mit der Stadt Xala Phu Khun jene Straßenkreuzung zu erobern, die die direkte Verbindung zwischen der Verwaltungshauptstadt Vientiane und der Königsresidenz Luang Prabang unterbricht.

Interne und externe Kräfte

Der König ist in Vientiane geblieben, seit Februar dieses Jahres spricht der Sender Hanoi, der sich als Stimme des Freien Laos ausgibt, deshalb nicht mehr von der „Königlichen“ Regierung Souvanna Phouma,

sondern nur noch von der „legalen“ Regierung Souvanna Phouma. Souvanna Phouma hält sich nach wie vor in Pnom Pheng, der Hauptstadt von Kambodscha, auf. Er ist weder dem Ruf der Kommunisten noch dem Ruf des Generals Phoumi Nosavan aus Vientiane gefolgt, nach Laos zurückzukehren. Die Kommunisten haben nie eine Begründung für die Flucht Souvanna Phoumas nach Kambodscha angegeben, und sie bezeichnen ihn weiter als Regierungschef von Laos, damit sie vorgeben können, keine kommunistische Durchdringung, sondern nur eine politische und militärische Neutralisierung des Königreichs Laos anstreben zu wollen. Und indem sie eine Regierung Souvanna Phouma als „legal“ qualifizieren, sprechen sie dem Prinzen Boun Oum in Vientiane nicht nur die Qualität eines Ministerpräsidenten von Laos ab, sondern hoffen auch zu verhindern, daß dieser Ministerpräsident und sein Stellvertreter, eben der General Phoumi Nosavan, irgendwie in nationale oder internationale Verhandlungen eingeschaltet werden. Sicher wissen die Kommunisten, daß die Amerikaner und die SEATO das Feld Laos niemals kampflos den Kommunisten räumen würden, wenn es sich um den Totalverlust des Territoriums von Laos handeln würde. Da die Chinesen eher auf eine radikale Entscheidung ausgehen würden, haben sich die Russen die Führung der östlichen Politik vorbehalten, und sie würden wahrscheinlich auf einen Kompromiß — wenn auch gegenüber dem Genfer Kompromiß verbessert — eingehen. Dafür haben England und Indien schon sehr früh eine Möglichkeit gesehen und deshalb abgeraten, nun von westlicher Seite eine rein militärische Entscheidung zu suchen.

Die Gefahr einer Teilung

Nach dem Regierungswechsel in den USA ist auch Washington auf diese Ratschläge eingegangen. Das bedeutet praktisch, daß sich die beiden Hauptmächte der Möglichkeit einer Neutralisierung von Laos nähern könnten, auch wenn das — den gegebenen Umständen nach — die Teilung eines weiteren Landes bedeuten würde. Denn es ist nicht vorstellbar, daß die Kommunisten noch einmal ein Abkommen schließen, das ihnen

die Verfügungsgewalt über die im Laufe des seit dem August vorigen Jahres tobenden Bürgerkrieges gehaltenen oder besetzten Landesteile nehmen würde.

Die erste Etappe, die erstrebt werden sollte, ist ein Waffenstillstand. Dafür ist die Wiedereinsetzung der Kontrollkommission vorgeschlagen worden, wie sie von der Genfer Konferenz berufen worden war und an der Indien, Polen und Kanada beteiligt waren. Als zweiten Schritt hat Prinz Sihanouk von Kambodscha, bei dem Souvanna Phouma Gastrecht genießt, eine große Laos-Konferenz vorgeschlagen, an der einmal alle an der Genfer Asien-Konferenz von 1954 beteiligten Regierungen teilnehmen sollten, auch diejenigen, die die Unterschrift unter die Genfer Abkommen verweigerten, also die USA und Südvietnam, dann die Mitgliedstaaten der Kontrollkommission, also Indien, Polen und Kanada, und schließlich die Nachbarn Thailand und Burma. Das Ziel einer Laos-Konferenz könnte nur die Bildung einer Koalitionsregierung sein, und dabei würden die kommunistischen Staaten auf Beteiligung etwa des Roten Prinzen drängen, die neutralistischen Nachbarn Souvanna Phouma als Regierungschef empfehlen, die antikommunistischen Regierungen aber auf Mitwirkung des Generals Phoumi Nosavan drängen.

Eine solche Kombination könnte nur unter Druck zustande kommen. Ob sie von Dauer wäre, vermag niemand zu sagen. Auf jeden Fall wäre Laos ein nur äußerlich zusammengehaltener Staat, in dem verschiedene Elemente geographisch verteilte Machtbasen hätten. Offenbar scheuen sich aber die Großmächte, die Cliques und Clans in Laos allein über Krieg und Frieden in der Welt entscheiden zu lassen. Diese Cliques und Clans sind vorgeschobene Posten, die ihr Terrain nicht völlig verlieren sollen, damit der Gegenseite nicht leichtfertig Vorteile eingeräumt werden. Ihnen zu helfen, bedeutet aber nicht, daß die Großmächte oder gar die beiden Weltmächte selbst in Laos auf den Plan treten wollen. Das hat Moskau zu erkennen gegeben, schon als es Peking in den zweiten Rang stellte. Und das deutet auch Washington an, allerdings mit der zusätzlichen Absicht, bei der Affäre Laos den guten Willen der Sowjets zu testen.

Was geht in Venezuela vor?

Erich Bendheim, New York

Blutige Unruhen in Caracas und weitgehende Divergenzen im Gremium des Kabinetts führten im November 1960 die Auflösung der Regierungskoalition herbei, die aus den drei führenden Parteien, der Accion Democratica, der Copey und der URD (Union Republicana Democratica), bestanden hatte. In der Tat hätte der am 7. Dezember 1958 gewählte venezolanische Präsident, Romulo Betancourt, der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit schon lange ein Ende bereiten müssen, zumal die linksgerichtete URD stets bestrebt gewesen war, die Planun-

gen des Staatsoberhauptes zu durchkreuzen. Gleichzeitig mit dem Austritt der URD aus der Regierung erfolgte die Absplitterung des linken Flügels der Regierungspartei, Accion Democratica, der unter der Bezeichnung MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) ebenfalls zur Opposition überging.

Gefährliche Kredit- und Devisenpolitik

Der bis zum November 1960 im Amt befindliche Finanzminister der Koalitionsregierung hatte mit der von ihm verfolgten Politik der Kreditbeschränkungen